

Unser Geldsystem XXIII – Keynes und die Keynesianer (2)

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 02.07.2014 (editiert am 25.05.2016)

Wie im vorigen Beitrag dieser Serie angekündigt wollen wir heute einen näheren Blick auf das IS/LM--Modell werfen, das zur Standarddarstellung des Keynesianismus geworden ist. Sein Gleichgewichtscharakter ist unser zentraler Kritikpunkt, weil er impliziert, dass die Marktwirtschaft ein in sich stabiles System ist. In einem Gleichgewichtsmodell neigen bestimmte Größen dazu, sich einander anzugleichen und das System auf diese Weise automatisch zu einem Ruhepunkt zu führen (wenn dafür auch einige „Anpassungsrunden“ benötigt werden mögen). Der ganze Stolz der Keynesianer war es, anhand eines Modells zeigen zu können, dass ein Zustand mit Arbeitslosigkeit, also mit einem nicht geräumten gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt, möglich und stabil ist, auch wenn die Arbeiter gemäß ihrer Grenzproduktivität entlohnt werden. Das schien ihnen die große Neuerung gegenüber der neoklassischen Theorie zu sein, die ihrerseits Arbeitslosigkeit als entweder freiwillig abtat oder auf eine falsche, d.h. im Vergleich zur Grenzproduktivität zu hohe Entlohnung zurückführte. Die beiden zentralen Gleichungen, die John Hicks aus den Gedanken von Keynes entnehmen zu können glaubte und aus denen er die keynesianische Theorie formte, waren die IS-Gleichung und die LM--Gleichung, die dem Modell den Namen gaben.

IS steht für **I**nvestitionen (**I**nvestment) und **S**paren (**S**aving), LM für Geldnachfrage (**L**iquidity) und Geldangebot (**M**oney Supply). Das IS/LM-Modell versucht die Marktwirtschaft im Rahmen mehrerer Gleichungen als ein System zu beschreiben, das zu einem Punkt tendiert, dem ein Beharrungsvermögen innewohnt, der also als Gleichgewicht angesehen werden kann. Dieser Punkt ist charakterisiert durch eine bestimmte Höhe des (realen) Volkseinkommens, des Zinssatzes und der Beschäftigung, bei dem der gesamtwirtschaftliche Gütermarkt und der gesamtwirtschaftliche Geldmarkt (und mit letzterem automatisch auch der gesamtwirtschaftliche Kapitalmarkt) geräumt sind, während sich der gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkt in einem Unterbeschäftigungsgleichgewicht, aber auch in einem Vollbeschäftigungsgleichgewicht befinden kann.

Für die Keynesianer war (und ist) es wichtig, das empirisch zu beobachtende Phänomen der anhaltenden Arbeitslosigkeit umfassend zu erklären, statt es wie die Neoklassiker allein darauf zurückzuführen, dass der Preis am Arbeitsmarkt, der Reallohn, ausweislich der Nichträumung des Marktes offenbar zu hoch sei, man sich also nur um eine größere Flexibilität des Reallohns nach unten be-

mühen müsse, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Das gesamtwirtschaftliche Modell, das sich die Keynesianer, allen voran John Hicks (wir beziehen uns vor allem auf seinen Aufsatz aus dem Jahr 1957 „The Classics Again“, aber auch auf den Originalbeitrag „Mr. Keynes and the Classics“ von 1937, beide in dem Sammelband „Critical Essays in Monetary Theory“ von 1967, Oxford University Press), dafür ausdachten und das sie mit den Ideen von John Maynard Keynes auszustatten glaubten, sieht in groben Zügen folgendermaßen aus:

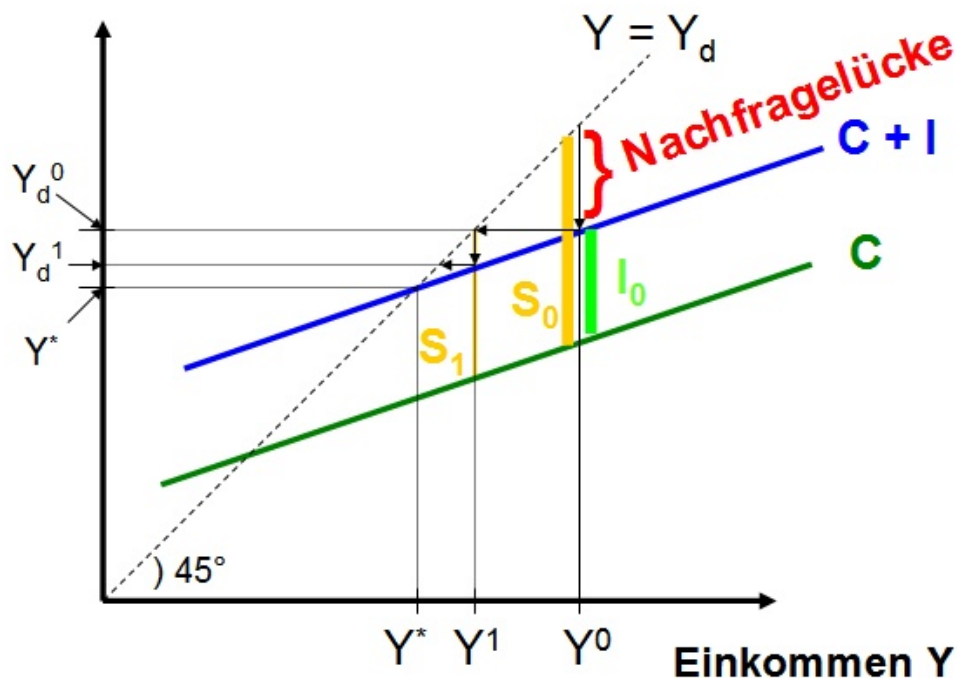
Der Konsum der Menschen (C) hängt von ihrem Einkommen (Y) ab, und zwar in der einfachen Grundform des Modells mit einer festen Verhältniszahl, der Konsumquote c , also $C = c \cdot Y$. Der Rest des Einkommens, den die Menschen nicht konsumieren, sparen sie, so dass sich die Ersparnis S als Differenz aus Einkommen und Konsum ergibt: $S = Y - C$. Setzt man für den Konsum das Produkt aus Konsumquote und Einkommen ein, folgt $S = (1-c) \cdot Y$, was oft auch als $S = s \cdot Y$ geschrieben wird, wobei s das Gegenteil der Konsumquote, nämlich die Sparquote ist. Mit anderen Worten: Die Ersparnis ist eine Funktion des Einkommens und nicht wie bei den Neoklassikern eine Funktion des Zinses.

Mit dieser Überlegung war eine inhaltliche Entkoppelung von Ersparnis und Investitionen gelungen, so dass der für die Neoklassiker selbstverständliche Ausgleich von Ersparnis und Investitionen am Kapitalmarkt durch den Zinssatz entfiel. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, Arbeitslosigkeit als Folge „zu hoher“ Ersparnis anstatt „zu hoher“ Löhne zu erklären. In einer Marktwirtschaft, so die Idee der Keynesianer, ist der Gütermarkt nicht im Gleichgewicht, wenn mehr gespart als investiert wird. Denn jede Ersparnis stellt einen Ausfall an Nachfrage dar – das verdiente Einkommen wird in der Summe nicht vollständig für die Güter ausgegeben, die produziert wurden und für deren Produktion das Einkommen ausgezahlt wurde, so dass also einige Güter auf Halde herumstehen. Diese Nachfragerlücke *kann* durch die Nachfrage der Sachinvestoren nach Investitionsgütern geschlossen werden, sie muss es aber nicht. Denn einen automatischen Ausgleich über den Zins wie in der Neoklassik gibt es in der keynesianischen Theorie wie gesagt nicht. Die Investitionen werden – in Hinblick auf die Nachfrage – als gegeben angesehen.

Wenn ein solches „Ungleichgewicht“ auf dem Gütermarkt auftritt, dann findet nach keynesianischer Lesart folgender Anpassungsmechanismus statt (vgl. Abbildung 1): Auf die Nachfragerlücke ($Y_d^0 < Y^0$ bzw. $S^0 > I^0$) bei einem Einkommen in Höhe von Y^0 reagieren die Produzenten mit einer Drosselung der Produktion, was ein Schrumpfen des gesamtwirtschaftlichen Einkommens bedeutet ($Y^1 < Y^0$). Das wiederum verringert die Ersparnis ($S^1 < S^0$), da ja die Sparquote auf ein geringeres Einkommen trifft. Ist die nun erreichte, kleinere Sparsumme immer noch größer als die Investitionen ($S_1 > I_0$ bzw. $Y_d^1 < Y^1$), findet eine erneute Anpassungsrunde der Produktion (nach unten) statt und zwar solange, bis Ersparnis und Investitionen wieder übereinstimmen. Das Einkommen, bei dem diese Übereinstimmung erreicht ist, ist das „gleichgewichtige“ Einkommen Y^* bzw. die „gleichgewichtige“ Produktionsmenge. (In der umgekehrten Richtung, also bei einer Ausgangssituation $S_0 < I_0$, findet der umgekehrte Vorgang statt, so dass das Einkommen steigt.)

Abbildung 1

Nachfrage Y_d , C, I



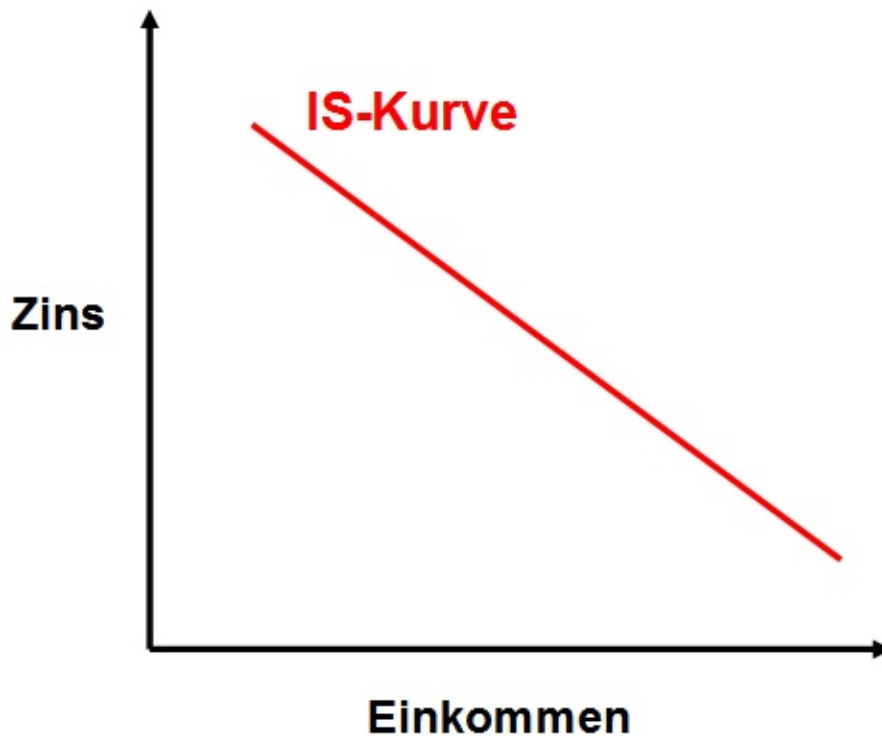
Ob diese „gleichgewichtige“ Produktionsmenge so groß ist, dass unter den gegebenen technischen Bedingungen in der Volkswirtschaft, d.h. bei gegebenem Kapitalstock bzw. gegebener gesamtwirtschaftlicher Produktionsfunktion, alle Menschen, die arbeiten wollen, auch Arbeitsplätze finden, ist nicht sicher, und zwar auch dann nicht, wenn ihre Entlohnung der Grenzproduktivität der Arbeit entspricht. (Das war und ist bis heute die Vorstellung und Forderung neoklassisch orientierter Ökonomen – wie etwa die aktuelle Diskussion um den Mindestlohn zeigt –, den Faktor Arbeit mit seinem ‚Grenzprodukt‘ zu entlohnen, also mit dem, was die letzte eingesetzte Einheit dieses Faktors an Güterwerten erwirtschaftet, damit Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann oder wenigstens nicht neu entsteht.) Denn nur zufällig stimmt die bei Vollbeschäftigung herstellbare Gütermenge mit derjenigen überein, die bei gegebener Sparquote zu Ersparnissen führt, die den Investitionen entsprechen, bei der also der Gütermarkt im Gleichgewicht ist.

Entsprechend lautet das Rezept der Keynesianer gegen Arbeitslosigkeit, der Staat solle im Fall von Unterbeschäftigung so viel Nachfrage entfalten, dass bei der gegebenen, offenbar zu hohen Sparquote die Gesamtnachfrage aus privatem und öffentlichem Konsum sowie privaten und öffentlichen Investitionen so stark steigt, dass das mit Vollbeschäftigung in Einklang stehende Gleichgewichtseinkommen erreicht wird. Alternativ dazu wird auch empfohlen, eine Umverteilung der Einkommen hin zu den unteren Einkommenschichten vorzunehmen, weil deren Sparquote erfahrungsgemäß unterdurchschnittlich ist. In aller Regel bedeutet das eine Umverteilung weg von den Gewinn- hin zu den Lohneinkommensbezieherinnen und innerhalb der Lohneinkommensbezieher eine Umverteilung weg von den Gutverdienenden hin zu den Geringverdienenden. Da die Keynesianer, zumindest die Anhänger des IS/LM-Modells, die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie nicht in Frage stellen – sie modellieren die Entlohnung auf dem Arbeitsmarkt auf die gleiche neoklassische Art und Weise –, richtet

sich die Forderung nach Umverteilung meist an den Staat und weniger an die Tarifparteien. Der Staat soll per Steuern und Transfers für eine Sekundärverteilung der Einkommen sorgen, die die durchschnittliche Sparquote drückt. Die primäre Einkommensverteilung greifen die IS/LM-Anhänger normalerweise nicht ernsthaft an, weil sie dann ja entweder die theoretische Grundlage ihres eigenen Modells im Bereich Arbeitsmarkt über den Haufen werfen müssten (nach dem Motto „die Grenzproduktivität ist nicht feststellbar und kann daher auch nicht die Grundlage von Löhnen bilden“) oder einräumen müssten, die tatsächlich gezahlten Löhne entsprächen nicht der Grenzproduktivität (was Wasser auf die Mühlen der Neoklassiker wäre).

Bleibt zur Erklärung der IS-Kurve noch zu beschreiben, wie John Hicks die Investitionsnachfrage in sein Modell eingebaut hat. Genau wie beim Arbeitsmarkt lehnt er sich auch hier eng an die Neoklassik an. Die Form der IS-Kurve entspricht nämlich der üblichen Investitionsmöglichkeitenkurve, die man aus der Betriebswirtschaftslehre kennt. Es gibt, so die Vermutung, eine nahezu unbegrenzte Zahl von Investitionsmöglichkeiten, die sich dadurch unterscheiden, dass sie unterschiedliche Ertragschancen bieten. Investitionen mit hoher erwarteter Rentabilität kommen auch dann zum Zuge, wenn der Zins, den man für Fremdkapital aufwenden muss, hoch ist. Je geringer der Zins, desto mehr Investitionen haben eine Chance realisiert zu werden. Die Investitionsnachfrage steigt daher bei fallendem Zins. Zugleich aber stellen die Investitionen einen Teil der Gesamtnachfrage dar, erhöhen also das Einkommen. Daraus ergibt sich in einem Diagramm, auf dessen Abszisse (waagrechter Achse) die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Einkommens und auf dessen Ordinate (senkrechter Achse) die Höhe des Zinses dargestellt wird, für die Investitionstätigkeit eine fallende Kurve (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2



Diese Kurve bezeichnete Hicks als IS-Kurve, womit er ausdrücken wollte, dass sie alle Kombinationen von Einkommen und Zinssatz darstellt, bei denen Investitionen und Ersparnis übereinstimmen, der Gütermarkt also geräumt ist. Das mutet aus zwei Gründen merkwürdig an. Zum einen: Wir hatten eben im Einkommen-Nachfrage-Modell (vgl. Abbildung 1) gesehen, dass die Investitionen in Hinblick auf die Nachfrage exogen gesetzt waren, so dass der Zinssatz in den bisherigen Überlegungen zum Gütermarktgleichgewicht keine Rolle spielte. Um die Übereinstimmung von Investitionen und Ersparnis herzustellen, war der Zinssatz gerade nicht benötigt worden – das war ja der vermeintlich große Fortschritt, den die Keynesianer gegenüber der Neoklassik zustande gebracht hatten. Insofern hätte Hicks die IS-Kurve konsequent einfach nur I-Kurve nennen können und wohl besser auch sollen. Denn dass die sich beim jeweiligen Zinsniveau ergebende Investitionsnachfrage genau so hoch ist wie die sich bei gegebener Sparquote einstellende Ersparnis, wird mit dem beschriebenen Anpassungsmechanismus *auf dem Gütermarkt* sichergestellt und hat an dieser Stelle des Modells nichts mit dem Zinssatz zu tun (zur LM-Kurve kommen wir später).

Zum anderen: Ist das wirklich der ursprüngliche Gedanke, den Keynes in die Debatte über die Funktionsweise einer Marktwirtschaft eingebracht hat oder einbringen wollte? Es ist letzten Endes müßig darüber zu streiten, was Keynes genau gemeint hat und was nicht. Wichtig ist nur, den Erkenntnisfortschritt in Sachen Marktwirtschaft, den er angestoßen hat, nicht (versehentlich) bei dem krampfhaften Versuch wieder über Bord zu werfen, Dinge in Formeln zu pressen. Und damit kommen wir zum zentralen Kritikpunkt an dieser Stelle des Modells: Es gibt die I-Kurve nur, wenn man unterstellt, dass die Investitionen im Wesentlichen nur vom Zins abhängen, *nicht aber von der Nachfrage*

selbst. Das IS/LM-Modell schließt diese Möglichkeit von vornherein aus, da sonst eine Ausgestaltung als Gleichgewichtsmodell unmöglich wäre. Dabei dürfte die Abhängigkeit der Investitionen von der Gesamtnachfrage den Kern einer dynamischen Marktwirtschaft ausmachen, um den es Keynes bei der Einführung des Faktors Unsicherheit mutmaßlich ging.

Warum wird die auf der Hand liegende Abhängigkeit der Investitionen von der Gesamtnachfrage in einem solchen Modell wegdefiniert? Der Grund ist methodischer Natur: Modelliert man eine solche Abhängigkeit zwischen Investitionen und Gesamtnachfrage, dann beißt sich die Katze in den Schwanz, denn sinkende Investitionen bedeuten dann sinkende Gesamtnachfrage, und sinkende Gesamtnachfrage bedeutet sinkende Investitionen. Nimmt man eine solche Art der Endogenität an, dann wird das Modell instabil oder zumindest nicht mehr simpel lösbar und berechenbar, und dann ist es automatisch vorbei mit den Gleichgewichtsberechnungen und den komparativ-statischen Analysen.

Man kann sich das im Einkommen-Nachfrage-Modell in Abbildung 1 so vorstellen, dass sich die Gerade, die die Summe aus Konsum und Investitionen in Abhängigkeit vom Einkommen darstellt, laufend nach unten verschiebt, wenn ein 'Anpassungsprozess' von einem höheren, ungleichgewichtigen Einkommen nach unten erfolgt. Man sieht sofort, dass dann nichts konvergiert – es gibt kein neues Gleichgewicht, dem Schrumpfungsprozess ist außer der Null sozusagen keine Grenze gesetzt. (In die andere Richtung funktioniert es genau so: Verschiebt sich die C+I-Gerade laufend nach oben, sobald das Einkommen steigt, explodiert das System, statt gegen einen neuen Gleichgewichtspunkt zu konvergieren.)

Aber, wenn wir noch einmal an den Witz aus dem vorigen Beitrag erinnern dürfen, ist es wirklich sinnvoll, den Kern einer Marktwirtschaft, nämlich die Dynamik der Investitionstätigkeit und namentlich ihre Abhängigkeit vom Gesamtzustand der Volkswirtschaft, wegzudefinieren, um dadurch ein handhabbares gesamtwirtschaftliches Modell zu bekommen, mit dem man zwar alles Mögliche berechnen kann, nur leider gerade nicht die Abläufe in einer Marktwirtschaft, die es eigentlich abbilden soll?

Wenn man sich hingegen auf diese komplette und so naheliegende gegenseitige Abhängigkeit von Investitionen und Nachfrage einlässt, gesteht man zu, dass die Marktwirtschaft ein instabiles System sein könnte und sich modellmäßig nicht so leicht abbilden lässt. Da die Marktwirtschaft in der Realität aber bislang nicht explodiert ist, sondern die Konjunktur mal aufwärts und mal abwärts gerichtet ist, ist die naheliegende Aufgabe eines Ökonomen herauszufinden, welche *exogenen* Faktoren dem System Stabilität verleihen oder verleihen könnten – eine Stabilität, die die Marktwirtschaft nicht aus eigener Kraft besitzt, die sie aber für eine sozial- und demokratieverträgliche und vermutlich auch für eine ökologisch vertretbare Entwicklung benötigt.

Dass diese Überlegungen keine *l'art pour l'art*-Gedankenspielchen sind sondern bittere Realität beschreiben, lässt sich am Niedergang der südeuropäischen Volkswirtschaften studieren, der jeder Hoffnung auf die Selbststabilisierung des Systems Hohn spricht. Das Eingeständnis des IWF, die Multiplikatorwirkungen seiner Austeritätsvorschriften falsch eingeschätzt zu haben, stützt unsere Vorstellung von den ökonomischen Abläufen einer ins Trudeln geratenen Volkswirtschaft jedenfalls wesentlich besser als alle Modelle, die zu den falschen Berechnungen dieser Multiplikatoren geführt haben. Denn die Erklärung, dass hier sich selbst verstärkende Mechanismen systematisch übersehen

wurden, liegt auf der Hand.

Praktiker übrigens wie etwa Börsianer oder Bankanalysten, die täglich mit der Unsicherheit in Sachen Investitionstätigkeit und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung zu tun haben und deren Geschäftserfolg extrem von sinnvollen Prognosen abhängt, würden die gegenseitige Bedingtheit beider Größen nie bestreiten. Genau weil sie darum wissen, sind für sie die Umfrageergebnisse über Stimmungslage und Aussichten bei Unternehmen, Finanzexperten und Verbrauchern, wie sie z.B. im ifo-Index, im ZEW-Index oder im Verbraucherindex der GfK erhoben werden, so wichtig. Denn mit diesen Indikatoren wird versucht, wenigstens ein paar Monate vorzuschauen, um das Endogenitätsproblem, dass alles irgendwie mit allem zusammenhängt, wenigstens ansatzweise auszutricksen. Ob das gelingt, kann man durchaus kritisch diskutieren; dass es aber gemacht wird, zeigt eindeutig, dass hier ein Problem vorliegt, das sich keineswegs mit Gleichgewichtsmodellen lösen lässt.

Für das IS/LM-Modell bedeutet unsere Kritik daher einen Generalangriff: Wenn es kein im System selbst steckendes Gleichgewicht (und sei es ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht) gibt, dann gibt es auch keine IS-Kurve. Sind die Investitionen nicht stabil, sondern schwanken sie (endogen) mit den Einkommen (serwartungen), dann gibt es keine systematischen Kombinationen von Einkommen und Zinssatz, bei denen das System im Gleichgewicht ist oder zu denen es wenigstens hintendiert (übrigens völlig unabhängig von irgendwelchen Fristen). Gibt es solche Kombinationen nicht, dann können sie auch keinen Anhaltspunkt für die Wirtschaftspolitik liefern, keinen gedanklich-theoretischen und erst recht keinen empirisch-praktischen.

Bei nachfrageabhängigen Investitionen ist es überflüssig, einen Ausgleichsmechanismus von Ersparnissen und Investitionen zu modellieren, der über die saldenmechanische ex post-Gleichheit beider Größen hinausgeht. Die ist selbstverständlich immer gegeben, sei es über den unfreiwilligen Aufbau von Lager (= sogenannte Lagerinvestitionen, die per Definition eine Ersparnis darstellen, die entweder in späteren Konsum mündet oder in Abschreibungen für die Müllhalde), sei es über den unvorhergesehenen Zuwachs an (Gewinn- und Arbeits-)Einkommen aus erfolgreicher Investitionstätigkeit. Aber aus dieser ex post-Übereinstimmung lässt sich kein kausaler Gehalt für den Ablauf einer Marktwirtschaft gewinnen. Dann greifen aber Überlegungen der Keynesianer, die Sparquote per staatlicher Umverteilung zu drücken oder (entgegen grenzproduktivitätsbedingter Skrupel doch) für höhere Löhne in den unteren Lohngruppen zu plädieren, zu kurz, weil sie sich um eine Größe drehen, die nicht wirklich relevant ist.

Kurzum: Es ist naheliegend, dass die Investitionstätigkeit in erster Linie von den Erwartungen der Investoren bezüglich der zurückliegenden und der zu erwartenden Nachfrageentwicklung selbst abhängt, also der Größe, die im Modell erklärt werden soll. Im IS/LM-Modell bleibt dieser Gedanke außen vor, obwohl er zentral ist für die Dynamik einer Marktwirtschaft. Damit bewegen sich die Keynesianer viel stärker auf neoklassischen und mutmaßlich viel weniger auf Keynes' Pfaden, als gemeinhin angenommen.

Trotzdem wollen wir uns im nächsten Beitrag noch mit der LM-Kurve beschäftigen, um daraus Erkenntnisse zu gewinnen, wie es zu Missverständnissen im Zusammenhang mit dem Zins als wirtschaftspolitischem Instrument gekommen sein könnte.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 02.07.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/07/abo-artikel-unser-geldsystem-xxiii-islam-oder-wie-john-hicks-den-keynesianismus-schon-bald-nach-dessen-geburt-in-die-irre-fuehrte/>